

## REZENSIONEN

### Besprechungen

#### Politische Theorie und Ideengeschichte

Agamben, Giorgio. *Herrschaft und Herrlichkeit. Zur theologischen Genealogie von Ökonomie und Regierung*. Berlin. Suhrkamp Verlag 2010. 361 Seiten. 20 €.

Zwischen Menschen kommt es notwendig zu Konflikten, nicht da sie böse sind oder wider andere handeln, sondern weil die Handlungen, die sie auszuführen beabsichtigen, nicht zugleich möglich sind. Von Politik ist zu reden, wenn nicht mehr die Sanktionspotentiale konfligierender Parteien über Handlungen entscheiden, sondern Instanzen, die der Ressourcenverteilung (zum Teil) enthoben sind und Betroffene zu binden vermögen. Politik über den Begriff der Entscheidung zu bestimmen klingt nach Dezisionismus. Aber die angeführte Bestimmung impliziert ein Problem für den Dezisionismus: Wenn nämlich politische Herrschaft ein Modus der Entscheidung in Konflikten ist, dann mag eine Voraussetzung dafür sein, dass der Entscheider willkürlich, d.h. ohne Gründe oder Betroffene berücksichtigen zu müssen, entscheiden kann, er also in dieser Hinsicht souverän sein muss. Der politische Entscheider kann aber nicht entscheiden, nicht zu entscheiden, da es ihn nur gibt, weil entschieden werden muss. Derart bleibt er eine Funktion für die Handelnden, und das heißt, in dieser Hinsicht ist er nicht souverän. Diese Herausforderung der dezisionistischen Souveränitätstheorie hat in den

vergangenen Jahren vor allem zu neuen Beiträgen zur Hobbes-Forschung geführt. Mit *Giorgio Agambens* fünftem (in der internen Zählung dritten [II.2]) Band seiner Homo Sacer-Reihe, der den Titel „Herrschaft und Herrlichkeit“ trägt, reagiert auch der italienische Philosoph auf die Herausforderung. Er hatte früher, in kritischer Absicht, betont, dass die Souveränität für die Politik bis in die Gegenwart hinein bedeutend ist, was sich unter anderem daran zeigt, dass der Ausnahmezustand zentral für Rechtssysteme ist und Wesen existieren, die gerade qua Ausschluss in Rechtssysteme inkludiert werden. In dieser Schrift widmet sich *Agamben* nun der Frage, ob sich diese Aussage zur Bedeutung der Souveränität angesichts der zunehmenden Transformation von Politik in Verwaltung und Management (etwa in den Formen des Wettbewerbsstaats oder des kommunikativen Prozeduralismus) aufrechterhalten lässt. Im Mittelpunkt steht dabei die These, dass die Notwendigkeit, die Welt zu regieren, das heißt, in vielfältigen Kontexten und Situationen Entscheidungen zu treffen, Handlungen zu koordinieren und dabei auch von jeweiligen Umständen abhängig zu sein, nicht zu einem alternativen ökonomischen oder gouvernementalistischen Paradigma von Herrschaft führt. Diese Notwendigkeit ist vielmehr unauflöslich mit dem Souveränitätsparadigma verbunden. Denn sie hat sich, der These des Buches zufolge, gerade als solche herausgebildet, weil sie in theologischen Diskussionen im Zusammenspiel mit der Ökonomie, verstanden als Einrichtung und Steuerung innerweltlicher Vorgänge, entwickelt wurde. Schon die frühchristliche Theologie untersucht, wie die Dreifaltigkeit Gottes zu denken ist, ohne dass

dies seiner Allmacht schadet (indem es einen zweiten oder dritten Gott gibt, der dem ersten widerstreitet). Diese Untersuchungen erklären einerseits über eine Rollendifferenzierung, warum die Dreifaltigkeit notwendig ist, während sie andererseits Gott insgesamt im Unterschied zu jeder Funktion für die Welt verstehen, er also aufgrund der „Grundlosigkeit seiner Praxis“ (74) souverän ist. Diese Perspektive wird im 12. und 13. Jahrhundert generalisiert, als zwei Arten von Ursachen herausgearbeitet werden (117-121). Die erste Ursache setzt rein aus sich selbst heraus die Ursächlichkeit schlechthin in die Welt, wogegen nachgeordnete, aber in bestimmten Hinsichten autonome Ursachen konkrete Formen und Bewegungen bewirken. Dieses Modell wird schon im 13. Jahrhundert auf die politischen Verhältnisse übertragen, wobei es zur (paradoxen) Vorstellung einer „wesensmäßigen Teilung der Macht“ (125) kommt, in der trotz eindeutiger Geschiedenheit der „beiden Schwerter“ dennoch die zweite in der ersten Macht enthalten ist. Die Souveränität wird so zur Legislative bzw. „Vorsehung“, aber nicht zur Exekutive ökonomischer Weltregierung (172). Ohne souveräne Gesetzgebung würde es keine Exekutive geben, aber die Exekutive bedarf nicht derart der Gesetzgebung, dass sie letztere nötigen könnte, sich zu einzelnen Konfliktfällen zu verhalten. Der Souveränität kommt also, wie *Agamben* am „nutzlosen König“ (123) zeigt, die Möglichkeit und sogar die Notwendigkeit der Möglichkeit zu, nicht zu entscheiden, aber dies schränkt die Regierung der Welt nicht ein, da sie nicht davon abhängt, dass der Souverän gezielt wirkt.

Der zweite Teil von „Herrschaft und Herrlichkeit“ widmet sich der Herrlichkeit und analysiert, inwiefern gerade die Akklamation und das heißt die Instituierung von (eventuell. nutzloser) Souveränität das Bestehen und Funktionieren politischer Gemeinwesen begründet und nicht die Ökonomie als gute „Einrichtung“ von Gemeinwesen. *Agamben* betont die zeremoniellen Aspekte selbst moderner Demokratien und sieht im Verkennen dieser Aspekte, das heißt im Verkennen, dass selbst die beste „Verwaltung“ der Welt erst über souveräne Akte legitim wird, einen wesentlichen Grund für die Schwierigkeiten aktueller Politik, wie das Scheitern der europäischen Verfassungsgebung (305-307).

*Agambens* Buch bietet, wie auch frühere seiner Schriften, in benjaminscher Manier eine Sammlung von Beobachtungen zu Theoremen und Phänomenen zu den Verhältnissen von Gott und Ökonomie sowie von Herrschaft und Regierungstätigkeit, die die ideengeschichtliche und politiktheoretische Forschung bislang (zu) wenig berücksichtigt hat. Besonders interessant sind zweifelsohne die Verweise auf die Bedeutung der Ökonomie für theologische Argumente und daran anschließende politische Überlegungen, etwa zum Verhältnis von Papst oder Kaiser und ihren Verwaltungen. Und eine wichtige Ergänzung zur Diskussion von Säkularisierungsthesen ist *Agambens* Beobachtung, dass einseitige Säkularisierungs- (Politik als säkularisierte Theologie [Schmitt]) oder Theologisierungsbehauptungen (Theologie als theologisierte Politik [Assmann]) zu kurz greifen (232). Gerade die Aufnahme der antiken Ökonomie in die Theologie und die Rolle dieser theologischen Ökonomie wiederum für

die neuzeitliche Politik zeigen, dass Politik und Theologie sich wechselseitig aufeinander beziehen. Zu suggestiv bleibt allerdings die Grundthese des Buches, dass eine Genealogie des „politischen Dispositivs der heutigen Demokratien“ (12) vorgelegt werde. Denn so interessant die Verweise auf die Theoreme und historischen Argumentationen auch sind, so bieten sie doch an sich keinen Grund dafür, anzunehmen, dass die moderne Demokratie nicht auch ohne sie zu begreifen wäre. Und gerade der apokalyptische Ton der Darstellung, der schon die anderen Bände der Homo Sacer-Reihe geprägt hat und insinuiert, gegenwärtige Demokratien gingen ihrem Untergang entgegen, wenn sie ihre Genealogie nicht angemessen verstanden, ist weiterhin äußerst störend.

Andreas Niederberger

Bering, Dietz. *Die Epoche der Intellektuellen 1898 – 2001, Geburt – Begriff – Grabmal*. Berlin. Berlin University Press 2010. 756 Seiten. 49, 90 €.

Glaukt man den Edelfedern unserer Feuilletons, so ist es mit dem „Zeitalter der Intellektuellen“ zu Ende. Seitdem alle „Großen Erzählungen“ und damit das Zeitalter der Ideologien vergangen seien, habe auch die einstige Figur des bürgerlichen, gar des proletarischen Intellektuellen das Zeitliche gesegnet. Begründet wird diese freudige Todesbotschaft vor allem mit dem Niedergang sämtlicher Sozialutopien, wie sie noch im 19. und 20. Jahrhundert wirksam waren: allen voran der Sozialismus mitsamt dem „sozialdemokratischen Zeitalter“, erst recht der Kommunismus und Bolschewismus des vorigen Jahrhunderts. Aus alledem wird

gefolgert, dass heute statt der Intellektuellen nur mehr Experten und nüchterner Pragmatismus statt utopischer Projektionen gefragt sind. Angesagt sei gegenwärtig ein entschiedener Antiutopismus, der sich als „postideologisch“ und von Grund auf wirklichkeitsorientiert versteht, so wie ihn etwa Joachim Fest im Jahre 1991 mit seinem Pamphlet „Der zerstörte Traum. Vom Ende des utopischen Zeitalters“ propagiert hat. Wenn es *ein* Merkmal gibt, dass man von Seiten unzähliger konservativer Nachrufe den Intellektuellen bis heute zuschreibt, so ist es ihr angeblicher Realitätsverlust, an dem sie letztlich scheitern müssten.

Der Zusammenbruch des Sowjetreiches hatte so denn auch einen doppelten Effekt: Er galt weithin als epochaler Beweis, dass *alle* gesellschaftspolitischen Ideologien und Utopien der Neuzeit und damit die Moderne selbst von Anfang an zum Scheitern verurteilt gewesen seien. Träger dieser Projektionen waren seit je die Intellektuellen, die damit ihre einstigen Funktionen eingebüßt hätten. Vor dem Hintergrund dieses gleichermaßen populären wie schematischen Dualismus: hier Realität – da Intellektuelle, erscheint das hier anzuzeigende Buch von Dietz Bering zur rechten Zeit, um die fällige Klärung und Differenzierung auf einem in der Tat recht unübersichtlichen Gelände einzuleiten. Der Autor hatte mit seiner bereits 1978 erschienenen Schrift „Die Intellektuellen. Geschichte eines Schimpfwortes“ (Stuttgart) eine beachtliche Vorarbeit geleistet, die er nun systematisiert und in einem mehr als 750-seitigen Werk auf eine auch empirisch breitere Grundlage stellt. Dass dies nicht – wie meist üblich – in nur essayistischer Form geschieht, zeigt bereits ein Anhang, worin Bering,